

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Ersteinst
Montag, Mittwoch,
Freitag und Samstag.
Preis vierteljährlich:
in Neuenbürg M. 1.35.
Durch die Post bezogen:
im Orts- und Nachbarorts-Verkehr M. 1.30.
im sonstigen inländ.
Verkehr M. 1.40; hierzu
je 20 f. Bestellgeld.
Abonnements nehmen alle
Postämter und Postboten
sicher entgegen.

Anzeigenpreis:
Die bespaltene Zeile
oder deren Raum 12 f.,
bei Auskunftserteilung
durch die Exped. 15 f.
Reklamen
die besp. Zeile 25 f.
Bei öfterer Insertion
entsprech. Rabatt.
Fernsprecher Nr. 4.
Telegraphen-Nr. 1171.
„Enztäler, Neuenbürg“.

Nr. 23.

Neuenbürg, Montag den 9. Februar 1914.

72. Jahrgang.

Rundschau.

Berlin, 7. Febr. (Reichstag.) Am Bundesratsitz ist Staatssekretär v. Delbrück erschienen. Präsident Dr. Kämpf eröffnet um 12 Uhr 15 Min. die Sitzung. Die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Reichsamts des Innern beginnt beim Titel Ausführung des Kaligesezes. Die Kommission hat folgende Änderungen an der Regierungsvorlage beschlossen: Der Reichszuschuß für die Propagandazwecke im Inland soll um 200 000 M. auf 2 Millionen erhöht werden und zwar zur Förderung des Feldmäßigen Gemüsebaus. Der Zuschuß für die Propaganda im Ausland soll um 900 000 M. und der Zuschuß zu den Kosten für Untersuchungen und Analysen um 50 000 M. erhöht werden. Ferner hat die Kommission einen Zusatz eingefügt, an das Kalisyndikat für Ausstellungs- und Propagandazwecke anlässlich der Weltausstellung in San Francisco 500 000 M. zu bewilligen. Da diese Position jedoch wegen der Nichtbeteiligung des Reichs an der Weltausstellung in San Francisco hinfällig wird, so beantragen die Abg. v. Gräfe (Konst.), Erzberger (Ztr.) und Bärwinkel (natl.) deren Streichung und die Summe von 500 000 M. mitzuverwenden für Propagandazwecke im Ausland, so daß dieser Titel um 1 400 000 M. erhöht werden soll. Abg. Sasse (Soz.) bedauert, daß die Einbringung des neuen Kaligesezes so lange auf sich warten läßt. Das Kalisyndikat aber arbeite mit aller Macht gegen eine derartige Novelle. Die Zahl der Werke wächst von Tag zu Tag. Zweifelloso besteht eine Ueberproduktion. Das Gesetz wird vielfach umgangen, so von dem Werk in Anhalt, an dessen Spitze der Herzog, also ein Bundesfürst, steht. Die Nachahmungen sind nichts als Betrug. (Präsident Dr. Kämpf ruft den Redner zur Ordnung.) Redner empfiehlt, für eine korrekte Ausführung des Kaligesezes zu sorgen. Die Ueberstände aus dem Kaligesez sollten mehr zur Arbeiterfürsorge verwendet werden. Jetzt ist es an der Zeit, die Kaliproduktion zu verstaatlichen. Dazu ist allerdings ein Kalibergesetz notwendig. Unterstaatssekretär Richter: Der Vortredner hat einer Bundesregierung den Vorwurf des Betrugs gemacht. Der Präsident ist bereits dagegen eingeschritten; damit ist die Sache erledigt. In sachlicher Beziehung habe ich über die Vorwürfe gegen die anhaltische Regierung zu erklären, daß sowohl diese als auch andere Regierungen auf Grund des § 12 des Kaligesezes sich berechtigt gehalten haben, derartige Verträge abzuschließen. Man könnte also nur dem Gesetz den Vorwurf machen, daß sein Wortlaut zu derartigen Deutungen Anlaß gegeben hat. Die Angriffe gegen das anhaltische Werk waren ungerecht. Der Abg. Kritz sieht als Zentrumsvertreter für das Kali in eine neue Zukunft. Nur dem Kalisyndikat traue er nicht ganz. Jedenfalls wolle sich der Reichstag die Kontrolle über die Propaganda nicht aus den Händen winden lassen. Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Bärwinkel sieht in den Angaben für die Kalipropaganda ein Rückzeichen, das man in den Etat des Innern hineingelegt habe. Der Nationalliberale Stöve bregt Beschränkungen für den Reservefonds, die Dr. Erzberger zu zerstören versucht. Dann vertagt sich das Haus nach fünfständiger Beratung auf Montag.

Berlin, 8. Febr. Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ schreibt in ihrer Wochenrundschau: Die von den Großmächten geplanten gleichlautenden Erklärungen über die Inselfrage und über die Räumung Albaniens solle in den nächsten Tagen in Konstantinopel und in Athen abgegeben werden, nachdem eine Verständigung über den Wortlaut dieser Erklärungen in allen Einzelheiten nunmehr gesichert ist. — Auch die Erledigung der albanischen Fürstenfrage hat inzwischen Fortschritte gemacht. Oesterreich, Ungarn und Italien sind gewillt, dem Prinzen zu Wied auf die Anleihe für Albanien,

zu deren Garantierung auch die übrigen Großmächte sich bereit erklärt haben, einen Voranschuß von 10 Millionen zur Bestreitung der dringlichsten Bedürfnisse zu gewähren. In Neuwied wird der Prinz die unter Führung Effend Paschas stehende albanische Thronabordnung empfangen. Nach Erledigung dieser Vorbereitungen dürfte der Abreise des Prinzen nach Albanien nichts mehr entgegen stehen.

Berlin, 7. Februar. Die nationalliberale Fraktion des preuß. Abgeordnetenhauses hat ihren vor einigen Tagen gestellten Antrag betreffend den Schutz von Arbeitswilligen erweitert. In dem früheren Antrag wurde die Staatsregierung ersucht, die örtlichen Polizeibehörden anzuhaltend, bei Ausbruch von Arbeitslosigkeit und bei Belästigungen von Arbeitswilligen dem Mißbrauch der Koalitionsfreiheit nachdrücklich entgegenzutreten. Die Fraktion beantragt nunmehr noch, die Staatsregierung zu ersuchen, auch ihrerseits im Bundesrat auf eine beschleunigte Vorlage der im Reichstag geforderten und vom Reichskanzler in Aussicht gestellten Denkschrift zur Vorbereitung einer reichsgesetzlichen Regelung des Schutzes der persönlichen Freiheit hinzuwirken.

Berlin, 7. Febr. Der „Allgem. evangelisch-lutherischen Kirchenzeitung“ zufolge hat Oberst v. Reuter nach seiner Freisprechung etwa 73 000 drabliche und briefliche Glückwünsche erhalten.

Berlin, 7. Febr. In einem Hausflur in der Hüttenstraße verkehrte heute morgen ein Unbekannter dem Kassierer Meyer einen mörderischen Hieb auf die Stirne, so daß dieser bewußtlos zusammenbrach. Der Räuber entkam mit der Ledertasche des Kassierers, die 1200 Mark Bargeld und über 1000 Quittungen enthielt.

Falsche Hundertmarkheine sind in Fulda angehalten worden, vier davon bei der Reichsbankhauptstelle, auf dem Steueramt und im Vorkauf-Berein. Die falschen Scheine sind kaum von dem echten Papiergeld zu unterscheiden; nur weist der Adler auf den falschen Scheinen an den Fingern einen kleinen bildlichen Fehler auf. Die Spur der Fälscher weist nach Sieben.

Kremmen (Brandenburg), 7. Febr. In dem Dorf Staffelde an der Nauener Chaussee hat der Kaufmann Engel seine Frau und seine 13jährige Tochter durch Messerstiche getötet, seinen 15jäh. Sohn schwer verletzt und dann sich selbst erhängt. Der schwerverletzte Sohn wurde nach dem Krankenhaus gebracht. Der Mann, der in guten Verhältnissen lebte, scheint die Tat in religiösem Wahnsinn verübt zu haben.

Essen a. d. Ruhr. Beim Fußballspiel gerieten 2 Knaben in einen Wortwechsel, in dessen Verlauf ein 13jähriger Schüler seinen 11jährigen Kameraden mit einem Taschenmesser erstach.

Halle a. Saale, 6. Februar. Im Badofen verbrannte buchstäblich im nahen Plöfzig die Frau des Gutbesizers und Amtsvorstehers Bachmann. Sie wollte, als Knechte und Mädchen noch schliefen, den Badofen in Ordnung bringen und froh hinein; dabei legten die plötzlich emporzugesprungenen Flammen ihre Kleider in Brand. Die unglückliche Frau konnte nicht mehr zurück. Ihr Körper verkohlte.

Die Polizei in Nizza verhaftete 3 Deutsche, und zwar einen Johann Benz, genannt der rote Hans, Anton Weinsfurtner und einen gewissen Kreiselmeier. Sie waren des Betrugs im Spiel überführt worden.

Württemberg.

Stuttgart, 7. Febr. Die Zweite Kammer setzte in ihrer heutigen Sitzung die Besprechung der Anfragen wegen der Arbeitslosigkeit fort. Zunächst begründete der Abg. Mattutat (S.) seinen bereits mitgeteilten Antrag und wandte sich gegen die gestrigen Ausführungen des Ministers des Innern. Er meinte, die Not sei größer, als der Minister er-

klärt hatte und auch in den Kreisen der Kleinhandwerker sei eine Arbeitslosigkeit vorhanden. Eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung sei notwendig, ebenso müsse eine reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung durchgeführt werden. Abg. Andre (Z.) trat ebenfalls verschiedenen Ausführungen des Ministers entgegen und wünschte, daß die Regierung sich über die Arbeitslosenfrage auch bei den Arbeitnehmern nicht nur bei den Arbeitgebern einlaßend hätte. Seine Partei wolle keine Zwangsversicherung und wolle die Regierung auch nicht auf ein bestimmtes System festlegen, sie werde sich vielmehr mit den früheren Kammerbeschlüssen begnügen. Abg. Fischer (B.) teilt das Bedauern des Vortredners, daß die Regierung sich nur an die Unternehmerorganisationen gewandt habe. Von den Schwierigkeiten der Arbeitslosenfürsorge seien viele Mitglieder seiner Fraktion überzeugt. Man solle die Sache den Gemeinden überlassen und die Gewerkschaften an der Durchführung der Arbeitslosenversicherung teilnehmen lassen. Der größere Teil seiner Fraktion werde für den Zentrumsantrag stimmen. Abg. Red (N.) bezeichnet die Schwierigkeiten, die einer Arbeitslosenversicherung entgegenstehen, als nicht unüberwindlich, jedenfalls nicht ausschlaggebend für eine ablehnende Haltung. Der jetzige Augenblick sei aber für die Einführung einer weiteren sozialen Zwangsversicherung nicht geeignet. Das Genter System sei ein Nothbehelf; es müsse trotz aller gegenteiligen Erfahrungen sich schließlich ein Weg finden lassen. Vielleicht könne eine Sparanrichtung mit der Arbeitslosenfürsorge verbunden werden. Es müsse aber der Grundsatß beachtet werden, daß jeder, der einer Unterstützung bedarf, in irgend einer Form zu den erforderlichen Mitteln beitrage. Ohne die Gewerkschaften könne etwas brauchbares aber nicht geschaffen werden. Der Redner sprach sich gegen den Antrag der Sozialdemokratie aus, da eine gesetzliche Regelung auf diesem verhältnismäßig wenig gefährlichen Gebiet eine Verzögerung der Sache bedeuten würde. Abgeordneter v. Berglas (B.K.) schloß sich der Ansicht des Ministers, daß die Frage noch nicht spruchreif sei, an und bemerkte, die Arbeiter sollten in guten Zeiten sparen, dann hätten sie später einen Nothpfennig. — Dann wurde abgedroht. Nächste Sitzung Dienstag 1/24 Uhr.

Die neue Wegordnung ist ein soich umfangreicher Gesetzesentwurf, daß sein Druck mehrere Wochen in Anspruch nehmen wird. In der Hauptsache handelt es sich um den Entwurf, den schon Minister v. Bischoff seit Jahren „fertig in seiner Schublade liegen“ hatte und der nur wegen Mangel an Mittel immer wieder zurückgestellt wurde; erstmals wurde eine Änderung der Wegordnung schon im Jahre 1845 zugelangt. Der Schwerpunkt des Entwurfs liegt in der rechtlichen Richtung, insofern er das auf über ein Jahrhundert zurückgehende Recht zusammenfaßt und wo nötig den heutigen Verhältnissen entsprechend neu regelt; so findet auch der Autoverkehr die gebührende Berücksichtigung. Nach der finanziellen Seite wird der Entwurf die vielfachen Hoffnungen auf eine allgemeine, große Entlastung der Gemeinden von den Straßenbaukosten nicht erfüllen. Der Staat wird sich zwar erheblich mehr wie bisher an der Straßenbaulast beteiligen, so durch weitere Ausdehnung des Straßennetzes; sonst aber werden hauptsächlich nur überlastete Gemeinden eine größere Entlastung dadurch erfahren, daß die Weglasten nach Maßgabe der Tragfähigkeit der Schultern gerechter zwischen Staat, Amtskörperschaft und Gemeinden verteilt werden.

Stuttgart, 8. Febr. Gestern nachmittag kurz vor Geschäfts schluß um 1/22 Uhr wurden in der Waldorf-Astoria-Zigarettenfabrik in der Dackstraße zwei etwa 16jährige junge Leute namens Kübler und Haller zum Benzinholen geschickt, das in einem Schuppen im Hof lagerte. Kübler setzte sich auf das Fuß, um Benzin herauszupumpen. Haller füllte

allen hätten. Der Hausarzt ließ ...
Kapitalanlage. So jemand seinen ...

